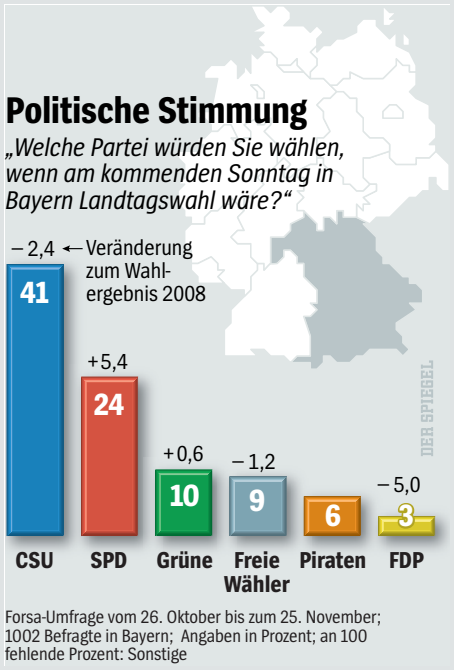


ALEXANDRA BEER / GETTY IMAGES

Ude, Seehofer



Forsa-Umfrage vom 26. Oktober bis zum 25. November; 1002 Befragte in Bayern; Angaben in Prozent; an 100 fehlende Prozent: Sonstige

UMFRAGEN

CSU im Tief

Wenn jetzt in Bayern die Landtagswahl wäre, könnte weder die Koalition aus CSU und FDP noch ein Bündnis aus SPD, Grünen und Freien Wählern eine Regierung bilden. Laut einer Forsa-Umfrage von Ende November kommt die CSU nur auf 41 Prozent – das sind 2,4 Prozent weniger als bei der desaströsen Landtagswahl Ende September 2008. Die FDP würde auch in Bayern mit 3 Prozent an der Fünfprozenthürde scheitern. SPD (24 Prozent), Grüne (10 Prozent) und Freie Wähler (9 Prozent) überholen die CSU knapp und kommen gemeinsam auf 43 Prozent. Damit könnte aber auch der designierte Herausforderer von Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU), der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude (SPD), nicht regieren. Vor allem die Grünen mussten heftige Verluste hinnehmen, Ende August waren sie bei einer Umfrage im Freistaat noch auf 16 Prozent gekommen. Profiteure sind in Bayern offenbar die Piraten, die bei sechs Prozent stehen. Der Auftraggeber der Umfrage, die Bayernpartei, rangiert weit abgeschlagen bei einem Prozent.

AFFÄREN

„Sittenwidrige Verträge“

Der Berliner Justizsenator Michael Braun (CDU) wusste vor seiner Amtsübernahme, dass er wegen dubioser Immobiliengeschäfte unter Druck kommen könnte. Im August war Braun über das Berliner Landgericht ein 32-seitiger Schriftsatz zugestellt worden, der detailliert drei Fälle von vermeintlich „sittenwidrigen“ Geschäften auflistete, die Braun sowie dessen Sozius als Notare beurkundet haben sollen. Der Senator steht seit Anfang Dezember in der Kritik, nachdem der Finanzinformationsdienst Gomopa über angebliche Verstrickungen Brauns in sogenannte Schrottimmobiliengeschäfte berichtet hatte, bei denen Anleger offenbar über den Tisch gezogen worden waren. Bereits 2010 hatte das Kammergericht Berlin die Immobilienfirma Grüezi Real Estate wegen eines Geschäfts mit solchen Immobilien zu 109 000 Euro Schadensersatz verurteilt, weil der Käufer falsch beraten worden war. Braun, der daran nicht beteiligt war, hatte in der Vergangenheit eine Reihe von Verkäufen beurkundet, die Immobilien aus dem Eigentum der Grüezi-Unternehmensgruppe betrafen. Der Senator ließ einen Sprecher erklären, er dürfe sich aus rechtlichen Gründen zu den Vorgängen nicht äußern. Er habe sich aber als Notar nichts vorzuwerfen.



CLEMENS BILAN / DAPD

Braun

ARBEITSMARKT

Vorbild Ostdeutschland

Frauen in den neuen Bundesländern wollen nach ihrer Elternzeit zu 80 Prozent wieder in eine Vollzeitstelle zurückkehren. Im Westen sind es weniger als 30 Prozent. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Die Unterschiede dürften unter anderem darauf zurückzuführen sein, „dass das Betreuungsangebot gerade für Kleinkinder in Ostdeutschland immer noch deutlich besser ausgebaut ist als im Westen“, so die Autorinnen der IAB-Studie. Zudem hätten 31 Prozent aller erwerbstätigen Frauen in den alten Bundesländern keine abgeschlossene Berufsausbildung. Im Osten seien es nur 19 Prozent.